

38/J

An f r a g e

der Abg. O l a h, L a c k n e r, A p p e l, R o m und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend Verhandlungen wegen Freigabe von Schillingerlösen.

-.-.-

Die Gesamtfreigaben aus den Schillingerlösen der Marshallplanhilfe bzw. der MEC für das amerikanische Fiskaljahr 1952/1953, welches bekanntlich vom 1. Juli 1952 bis 30. Juni 1953 reicht, betrugen bisher 35 Millionen Dollar, welche im Oktober 1952 freigegeben wurden. Der österreichischen Regierung war bekanntlich eine Freigabe für das erwähnte Fiskaljahr zwischen 61 und 72 Millionen Dollar zugesagt worden. Dessenungeachtet ist seit Oktober 1952 keine weitere Freigabe mehr erfolgt, obwohl das amerikanische Fiskaljahr in etwa Monatsfrist abläuft.

Entgegen allen optimistischen Aussprüchen einzelner Regierungsmitglieder und der sie unterstützenden Presse hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit in einem viel langsameren Tempo vollzogen, als ursprünglich erwartet wurde. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug im April 1953 143.520. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt vom April 1952 mit 117.160 Arbeitslosen bedeutet dies eine Zunahme von 22.4 Prozent. Dazu kommt, dass der Bundesminister für Finanzen bisher nicht in der Lage war, für im ordentlichen Staatshaushalt vorgeschene Investitionsarbeiten die Gelder zur Verfügung zu stellen.

So hat beispielsweise der Bundeswohn- und Siedlungsfonds beim Bundesministerium für soziale Verwaltung von den ihm auf Grund des Budgets zugesicherten 90 Millionen Schilling bisher überhaupt nichts erhalten.

Es sind daher allergrösste Anstrengungen notwendig, um der österreichischen Wirtschaft einen neuen Impuls zu geben. Falls die bisherigen Methoden der Wirtschaftspolitik nicht geändert werden, wird die Zahl der Arbeitslosen nicht nur nicht mehr beträchtlich zurückgehen, sondern im Herbst dieses Jahres früher als 1952 ansteigen und die erschreckenden Arbeitslosenziffern des Jahres 1952 noch übertreffen. Die anfragenden Abgeordneten betrachten diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt daher mit ausserordentlicher Besorgnis. Sie verstehen nicht, warum die zur Belebung der Wirtschaft notwendigen Freigaben aus den Dollarbeständen noch immer nicht erfolgt sind. Sie wollen den sie um Arbeit bestürmenden Wählern sagen können, wer die Schuld daran trägt, und richten daher an die Bundesregierung die nachstehende

A n f r a g e:

Ist die Bundesregierung bereit, dem Hohen Haus mitzuteilen, welche Schritte sie zur weiteren Freigabe von Schillingerlösen bisher unternommen hat?

-.-.-.-